

Mittwoch, 25. November 1917



er Zeitung.)

nummer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonialzeile 60 c, Abendbl. 75 c
 Reklamen 42 c, Abendbl. 42 1/2 c
 Familienanzeigen 41 c, zusätzl.
 10% Kriegszuschlag. Platz- und
 Daten-Vorschrift ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen aus:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 2,
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden: K.
 Waisenhausstr. 23, München: Fern-
 sandstr. 4, Offenbach: Biebererstr. 34,
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übrige Agentur,
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner im
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4118

Deutschlands äußere und Preußens innere Politik.

Von Professor Max Weber (Heidelberg).

I. Die Polenpolitik.

Der monarchischen Staatsreform wird die Fähigkeit beson-
 ders stetiger und einheitlicher Haltung in der großen Politik
 nachgerühmt. Wenn es nun irgend eine hochpolitische Frage
 gibt, welche besonders dringend zielbewusster Einseitigkeit
 der Behandlung bedarf, so ist es die polnische. Im Winter
 1916 kündigte der Reichskanzler die Wiederaufrichtung Po-
 lens an, nachdem das Problem schon seit Monaten erwoget
 war. Bis zur Novemberproklamation der beiden Kaiser blieb
 also hinlänglich Zeit für alle Instanzen, sich über die Konse-
 quenzen klar zu werden. Daß diese vor allem auch auf dem
 Gebiet der innerdeutschen Polenpolitik liegen mußten,
 war selbstverständlich. Die folgenschwere Wandlung unserer
 Gesamtpolitik im Osten wäre sonst ein politischer Überwitz.
 Ohne grundsätzliche Neuorientierung der Beziehungen
 zwischen den beiden Nationalitäten bedeutete sie ja die be-
 wußte Schaffung eines „Serbien“ vor unseren Toren. Die
 Ära, in welcher unsere Interessengemeinschaft mit Rußland
 auf der beiderseitigen Beherrschung polnischer Gebiete be-
 ruhte, ist geschlossen, und neue Wege müssen beschritten
 werden.

Eine für die Deutschen sowohl wie die Polen absolut be-
 friedigende Lösung der zahlreichen schwierigen Interessent-
 kollisionen ist — leider — nicht möglich. Denn solange Mil-
 itärstaaten und staatliche Wirtschaftspolitik bestehen, kann die
 Nationalität, — deren Grenze überdies im Osten mit seinem
 Durcheinanderwohnen beider Völker garnicht gesunden wer-
 den könnte, — für die Ziehung der politischen Grenzen nur
 neben 1. der militärischen Sicherheit und 2. der wirtschaft-
 lichen Zusammengehörigkeit maßgebend sein. Aber auch eine
 nur irgendwie leidliche Lösung ist ausgeschlossen, wenn nicht
 von beiden Seiten alle jene „Prestige-“ und Eitelkeitsfragen
 ausgeschieden werden, deren Hineintragung die Kämpfe der
 Nationalitäten ebenso wie die der Staaten immer unaustrag-
 bar macht. Die Frage darf nur dahin gestellt werden: was
 die rein sachlich-staatlichen Interessen des Reichs und
 Preußens einerseits und was das Interesse der Polen an
 der Entwicklung ihrer eigenen Kultur auf der anderen
 Seite als absolutes Minimum erfordern, was also z. B.
 auf den wichtigsten Gebieten: der Schul- und Sprachenpolitik
 und der Siedelungspolitik beiderseits rein sachlich 1. unent-
 behelich, 2. wünschenswert, 3. erträglich ist. Die bisherige
 preussische Polenpolitik ist jedenfalls fortan unhaltbar. Das
 ist sie aber auch rein an sich.

Daß das Vordringen der Polen auf Kosten der Deutschen
 im Osten sich vollzog gerade infolge der größeren Kultur-
 armut der ersteren, die sich ausdrückte in geringeren Lohn-
 forderungen der polnischen Arbeiter und geringerem Mindest-
 bodenbedarf der polnischen Bauern, — diese fatale Beherr-
 schung der Nationalitätenkonkurrenz durch das „Prinzip der
 billigeren Hand“ war seinerzeit ein kräftiger Grund für uns
 Deutsche, die Ansiedelungspolitik der preussischen Re-
 gierung zu unterstützen. Selbstverständlich aber unter der
 Voraussetzung, daß gleichzeitig und vor allem die alljährliche
 Ueberflutung des Ostens durch Hunderttausende billiger
 russisch-polnischer Wanderarbeiter aufhörte, welche dazu ten-
 ten, Großgrundbesitzern eine Existenz auf Kosten der
 nationalen Interessen zu ermöglichen. Statt dessen
 wurde die von Bismarck durchgeführte Grenzperre beseitigt
 und damit der Ansiedelungspolitik aller Wind aus den Seg-
 eln genommen, sie, trotz noch so ausgezeichnete Arbeit, zur
 politischen Sinnlosigkeit verurteilt. An Stelle jener Natio-
 nalitäts- und siedelungspolitisch allein wirksamen Maßregel
 begann die bekannte Sprachenpolitik. Alle Erfahrungen dar-
 über, daß solche Maßregeln überall und immer eine jede
 nicht mehr analphabetische, sondern mit eigener Presse und
 einer eigenen Literatenschicht ausgestattete Nationalität, sei es
 durch das materielle Interesse dieser Schichten, zum äußersten
 bisher noch in keinem Falle gebrochenen Widerstand zu-
 sammengeschlossen haben, blieben unberührt. Jetzt erst wur-
 den die „Massen“ innerlich beteiligt. Die wirtschaftliche Mo-
 bilisierung des Polentums folgte. Die immer weiter sich
 verschärfenden Gegenmaßnahmen führten in logischer Konse-
 quenz zum Enteignungsgesetz. Damit war man aber auf dem
 Punkt, wo Interessen der hohen Politik mitsprachen: Rücksicht
 auf das österrreichische Bündnis nötigte dazu, halt